

Die juristische Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen

Marcelo Henriquez Kries

Der folgende Beitrag erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt sich auch nicht um eine wissenschaftliche Arbeit. Er ist vielmehr als Beitrag zur Debatte über den juristischen Umgang mit den Menschenrechtsverbrechen in Chile gedacht.

Ich beginne mit drei Schlagzeilen.

Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Rubén Ballesteros lehnt es ab, sich im Namen der chilenischen Justiz für deren Mittäterschaft bei den Menschenrechtsverbrechen der Diktatur zu entschuldigen.

Wer ist Rubén Ballesteros? Seit 2005 arbeitet er am Obersten Gerichtshof Chiles. Seit Anfang 2012 ist er dessen Vorsitzender. In fast allen Fällen, in denen er sich als eines der fünf Mitglieder der Strafgerichtskammer des Obersten Gerichtshofs mit der Ahndung der Menschenrechtsverbrechen der Diktatur beschäftigt hat, hat er sich entweder für die Amnestie dieser Verbrechen oder deren Verjährung ausgesprochen. In den Verfahren, in denen Ex-Diktator Augusto Pinochet die parlamentarische Immunität entzogen werden sollte, und später während des Strafprozesses gegen ihn, hat er sich als Mitglied des Berufungsgerichts in Santiago immer zu Gunsten des Generals ausgesprochen.

Doch die Geschichte reicht weiter, denn er gehört seit 1972 der chilenischen Justiz an. Nach dem Putsch vom 11. September 1973 war er in Valdivia, im Süden Chiles, an mehreren sogenannten Kriegstribunalen beteiligt. Noch immer rechtfertigt Ballesteros seine Beteiligung an diesen Instanzen, die ganz klar im Widerspruch zu jedem rechtsstaatlichen Verfahren stattfanden und dem einzigen Zweck dienten, der Willkür und dem Terror einen legalen Anstrich zu geben. Er habe damit Menschen vor dem Tode retten wollen, so Ballesteros. Nachgewiesener Maßen hat er Urteile mitunterzeichnet, in denen Anhänger der Unidad Popular aus fadenscheinigen Gründen zu 20 bis 25 Jahren Haft verurteilt wurden. Das Mindeste, das zu erwarten wäre, ist, dass er aus Gründen der Befangenheit gar nicht an Prozessen teilnimmt, die sich mit den Verbrechen der Diktatur befassen. Vielleicht sollte er sogar wegen seiner Beteiligung an den erwähnten Kriegstribunalen selbst vor Gericht stehen.

Er ist übrigens kein Einzelfall am Obersten Gerichtshof. Zumindest zwei weitere Richterinnen dieser Instanz sind umstritten. Da wäre Rosa Egnem zu nennen, seit 2009 am Obersten Gerichtshof. Kurz nach dem Putsch vertuschte sie die Ermordung bzw. das

Verschwindenlassen von 18 Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen und eines Forstunternehmens in ihrem damaligen Arbeitssitz Yumbel. Eine weitere Person ist Gloria Cevesich, im August 2013 in die oberste Instanz gewählt worden. Auch sie hat als Richterin des Berufungsgerichts in etlichen Fällen zu Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur zu Gunsten Pinochets oder des ehemaligen Chefs seines Geheimdienstes *DINA* und gegen die Ansprüche der Familienangehörigen der Opfer entschieden.

Eine weitere Schlagzeile um eine berüchtigte Persönlichkeit.

Manuel Contreras, ehemaliger Chef von Pinochets Geheimpolizei DINA, wird in Chile gerne als das personifizierte Böse dargestellt. Erst kürzlich wurde er ungeschminkt und ohne kritisches Hinterfragen wie eine Jahrmarktsattraktion vorgeführt. Am Mittwoch, den 11. September 2013, hat CNN Chile ein Exklusiv-Interview mit ihm ausgestrahlt. Er nutzte die Gelegenheit, die ihm zwei skrupellose Journalisten lieferten. Scheinbar ohne Vorbereitung oder ein solides Hintergrundwissen haben sie General Contreras einen Monolog der Lügen, Erniedrigungen und Drohungen vor einem Millionenpublikum ermöglicht. Unter anderem hat er die Folter Zehntausender und das Verschwindenlassen Hunderter Gefangener geleugnet. Die fehlende Distanzierung und professionelle Ethik dieser Journalisten und des Fernsehsenders sind ein gutes Beispiel, wie ein nicht geringer Teil der chilenischen Gesellschaft mit den Menschenrechtsverbrechen der Diktatur umgeht. Ohne jegliches Mitgefühl werden die Familienangehörigen der Opfer erniedrigt. Die hier angesprochene Situation steht sinnbildlich für das moralische Patt, von dem die politische Rechte und einige Vertreter der Parteienkoalition „Concertación“ sprechen. Sie betonen immer wieder: „Wir sind alle mitverantwortlich für den Putsch und den darauffolgenden Staatsterrorismus“. Diese Sichtweise ist schließlich sehr bequem, denn dann ist niemand schuldig.

Die vielleicht größten Schlagzeilen der letzten Wochen in Chile waren aber dem Fall um Juan Emilio Cheyre gewidmet.

Cheyre war von 2002 bis 2006 Oberkommandant des Heeres und bis vor wenigen Wochen Vorsitzender der chilenischen Wahlbehörde. Von dieser Position musste er am 21 August 2013 zurücktreten, nachdem er in einer Debatte mit Ernesto Lejderman aufgefordert worden war, das Verbrechen an Lejdermans Eltern aufzuklären. Cheyre hatte vor Gericht ausgesagt, dass er nicht über dieses Verbrechen informiert gewesen war, als er Ende 1973 als Leutnant und Adjutant des Oberst Lapostol beauftragt wurde, ein verwaistes zweijähriges Kind an einen in der Nachbarschaft befindlichen Nonnenorden abzugeben. In der Diskussion im Fernsehen sagte er, er habe erst 2003 von diesem Verbrechen erfahren, also zum Zeitpunkt

der Strafanklage gegen Pinochet, Lopostol und weitere Täter und Hintermänner dieses Verbrechens. Auch habe er den Bericht der sogenannten Rettig Kommission nicht gelesen, da dieser nicht öffentlich zugänglich sei. Der Rettig-Untersuchungsbericht, der 1991 von Präsident Patricio Aylwin vorgestellt wurde, ist eine Art Kataster der Ermordeten und Verschwundenen der Diktatur, in dem auch der Fall Lejderman erwähnt wird. Mittlerweile ist er öffentlich in den Bibliotheken und auch online einzusehen.

Schon 2002, bevor er von Präsident Ricardo Lagos zum Oberkommandant des Heeres ernannt wurde, erhoben Frauen Anklage gegen Cheyre. Sie sagten aus, Folteropfer einer Einheit unter Cheyres Kommando gewesen zu sein. Diese Anklage wurde damals von der Justiz eingestellt. Erst kürzlich haben die vier Frauen, eine Mutter und ihre Töchter, aber das Verfahren gegen ihn erneut vor Gericht gebracht.

Langer Atem der Amnestie

Täter und Nutznießer dieser und mindestens 3.200 weiterer Verbrechen mit Todesfolge hatten sich 1978 ein Amnestie-Gesetz zu(-un-)recht gelegt. Es enthebt diejenigen, die in der Anfangszeit der chilenischen Militärdiktatur von 1973 bis 1978 Menschenrechtsverletzungen begangen haben, jeglicher rechtlichen Verantwortung. In den wenigen Fällen, die trotz dieses Gesetzes bis zur letzten Instanz durchgefochten werden konnten, hat sich das Oberste Gericht in den vergangenen Jahren fast immer für die sogenannte halbe Verjährung ausgesprochen. So kamen viele von den Tätern ohne Haftstrafen davon. Die wenigen verurteilten Offiziere verbüßen ihre Strafe in einem Sondergefängnis mit weitreichenden Privilegien.

So kommt es, dass es heute im Zusammenhang mit den Verbrechen der Militärdiktatur etwa 1.300 offene Strafverfahren gibt. Bisher wurden nur 240 Personen verurteilt, aber nur etwa 70 ehemalige Angehörige der Streitkräfte verbüßen auch Haftstrafen in den sogenannten Sondergefängnissen. In den Fällen, in denen bisher keine Verjährung ausgesprochen wurde, sind einige wenige Täter zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Zum Vergleich: in Chile sitzen Angehörige der Mapuche für bis zu 25 Jahre in Haft, weil sie wegen Angriffen auf Privatbesitz von Grundbesitzern, wie dem Verbrennen von Scheunen und Nutzfahrzeugen in denen keine Menschen zu Schaden kamen, verurteilt wurden. Dabei ist zu beachten, dass sie nach einem Terrorismusgesetz verurteilt wurden, das unter Pinochet verabschiedet wurde.

Apropos Gefängnis, vielleicht ist einigen noch das Unglück von 2011 in Erinnerung, als 81 Häftlinge bei einem Brand der Haftanstalt San Miguel ums Leben kamen. Dieses Unglück hat damals deutlich gemacht, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die Gefangenen in Chile leben und in welchen absolut überfüllten Einrichtungen sie ihr Dasein verbringen. Dies

ist aber nicht die Situation, unter der die verurteilten Militärs zu leiden hätten. Für sie wurden unter der Regierung des Präsidenten Eduardo Frei zwei Spezialgefängnisse gebaut, Cordillera und Punta Peuco. Sie weisen einen Schnitt von über vier Wärtern pro Häftling auf. Für die Unterbringung der Häftlinge bringt der Staat zehnmal soviel auf, wie für einen normalen Gefangenen. Dabei sind die Investitionen in die Infrastruktur nicht berücksichtigt. Es gibt dort Tennis- und Grillplätze, ein Schwimmbad, Fitnessräume und geräumige Empfangssäle, in denen die Militärs ihre Familienangehörigen und Freunde während der ganzen Woche empfangen dürfen und andere ähnliche Privilegien genießen. Deshalb prahlte Contreras in dem Interview auch, er befände sich in keinem Gefängnis, sondern in einer militärischen Einrichtung, die seinem Rang entspräche.

Was die militärischen Dienstgrade und Ehrentitel all der verurteilten Militärs angeht, so wurde noch nicht einmal darüber debattiert, ihnen diese abzuerkennen und sie aus den militärischen Institutionen auszustoßen. Im Gegenteil Rente, Gesundheitsvorsorge in den eigenen Einrichtungen und (bis vor wenigen Jahren) Strafverteidiger bekommen sie weiterhin von den Streitkräften gestellt.

Ein weiterer Nachweis der Straflosigkeit.

Die Regierung hat Ende 1999 einen sogenannten Runden Tisch mit den Streitkräften und den Carabineros gebildet. Eine Verhandlung zwischen der Regierung und dem formal untergebenen Militärpersonal, um von Letzteren Hinweise zum Verbleib der Verschwundenen zu erlangen. Dieser Dialog wurde 10 Jahre lang weitergeführt, obwohl die Streitkräfte nachweislich Lügen als offizielle Stellungnahme und Nachweise geliefert haben.

Das Amnestie-Gesetz während der Transición (Übergangsphase).

Obwohl das Wahlprogramm der Mitte-Links Parteienkoalition, der so genannten „Concertación“, von 1989 (also zum Ende der Diktatur) vorsah, das Amnestie-Gesetz zu annullieren, haben sie nichts unternommen, um dieses Versprechen einzulösen. Sie begründeten das damit, dass sie nicht über die parlamentarischen Mehrheiten verfügten. Doch als sie während der Regierung von Ricardo Lagos, zwischen August 2000 und März 2002, und später unter Michelle Bachelet, von Anfang ihrer Regierungszeit und bis etwa zwei Jahre später, über diese Mehrheiten im Parlament verfügten, taten sie es ebenso wenig.

Man könnte noch hinzufügen, dass Präsident Lagos nach der Vorstellung des offiziellen Berichts über die Opfer der Folter (in Chile als „Valech Kommission“ bekannt) ein interessantes Gesetzesvorhaben ins Parlament einreichte. Danach war es der Justiz untersagt, Zugang zu den Informationen des Berichts zum Zwecke der Strafverfolgung zu

erhalten. Binnen 48 Stunden stimmte das Parlament diesem Gesetz zu, das die Namen und weitere Identifikationsmöglichkeiten der Täter dieser Verbrechen für 50 Jahre geheim hält.

Es gibt Hoffnung

Trotz dieser erschreckenden Beispiele wird das Schweigen um die Verbrechen der Diktatur immer häufiger durchbrochen. Die Straflosigkeit wird angegangen. In Chile haben die Familienangehörigen die Hoffnung nicht aufgegeben, dass weitere Verdächtige vor die Justiz gebracht werden. Oder anders ausgedrückt: Dass umfassend aufgeklärt wird, wer unmittelbar an der Verschleppung, der Folter und der Ermordung Tausender beteiligt war und auch wer die Befehle dazu erteilt hat, welche repressiven Strukturen damit verbunden waren.

Wir könnten Hoffnung schöpfen, wenn Verfahren vorankommen und zu Ergebnissen führen würden, wie die Klage gegen den Medientycoon Agustin Edwards wegen Anstiftung zum Mord an Ismael Darío Chávez Lobos. Edwards ist durch seine Zeitung „El Mercurio“ bekannt, einem Flaggschiff der Konservativen. Sie wurde nachweislich vom US-Geheimdienst finanziert, um den Militärputsch zu legitimieren. Die Klage hat Carlos Chávez wegen der Ermordung seines Vaters und weiterer 118 Personen eingereicht. Es ist ein erster Versuch, an die intellektuellen Hintermänner der berüchtigten Operation „Colombo“ zu gelangen. „Colombo“ war eine Aktion der Militärjunta, die versucht hat das Verschwindenlassen und die Ermordung dieser 119 Personen, darunter Minderjährige und schwangere Frauen, als Racheakt zwischen verfeindeten Strömungen innerhalb der Linken darzustellen. Der Medienkonzern „Mercurio“ und andere Zeitschriften in Brasilien und Argentinien, die diesem Thema eine eigene Ausgabe widmeten, beteiligten sich damals an diesem Propaganda-Verbrechen.

Kampf um Menschenrechte und Zustand der Gesellschaft

Der Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit spiegelt letztendlich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider. So lässt sich erklären, dass in Argentinien die Aufklärung, vor allen Dingen aber die Verurteilungen und die Strafmaße weiter vorangeschritten sind. Die argentinische Gesellschaft ist in dieser Hinsicht der chilenischen weit voraus. Argentinien ist ein Land, in dem die sozialen Bewegungen seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrtausends eine unglaubliche Dynamik entwickelt haben und seit Langem die Angst von sich schütteln konnten.

Mitte des letzten Jahrzehnts wurde das letzte der beiden Amnestiegesetze außer Kraft gesetzt. Seit 1983, dem Ende der argentinischen Diktatur, wurden 427 Täter verurteilt und

aktuell sind 1049 Personen angeklagt. Auch die Strafmaße sind erheblich härter als in Chile. Der Fall des Priesters und Polizei-Kaplans Christian von Wernich, der für seine Mittäterschaft in 31 Fällen von Folter und sieben Mordfällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, zeigt, wie die argentinische Gesellschaft die Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeht. Sie geht sogar dazu über, jetzt die Menschenrechtsverbrechen der Franco-Diktatur zu ahnden. Im Rahmen eines Strafprozesses, der von Familienangehörigen der Opfer des Franco-Regimes in Argentinien initiiert wurde, hat die argentinische Richterin María Servini de Cubría einen internationalen Haftbefehl gegen vier berüchtigte Folterer der spanischen Diktatur erlassen.

Ein solcher Aufbruch fängt in Chile gerade erst an und der Prozess musste erst von außen angestoßen werden. Dieser Anstoß war **die Festnahme Pinochets 1998 in London**. Damals konnte er sich auf den Pakt unter Gentleman verlassen: Der sozialistische Außenminister Miguel Insulza und sein Labour Kollege, der britische Minister des Inneren Jack Straw, retteten ihn vor dem Zugriff der spanischen Justiz. Dennoch ging nach der Festnahme zunächst ein Aufatmen durch Chile, das Schweigen und die Angst begannen sich zu lösen. Die Schülerproteste Mitte des letzten Jahrzehnts und die anhaltenden Studentenproteste seit 2011, zusammen mit vielen weiteren Protesten auf lokaler Ebene in Punta Arenas, Coyaique, Tcopilla oder auch die Streiks der Forstarbeiter, der Leiharbeiter der Kupferindustrie oder der Postbediensteten in den letzten Tagen deuten daraufhin, dass ein neuer Zyklus angefangen hat.

Das überraschende Ausmaß der Gedenkmärsche am 40. Jahrestag des Putsches war ein Zeichen dafür, dass sich die Menschen nicht mehr mit der „Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen“ abspeisen lassen und dass sich im Gegenteil eine immer breitere soziale Basis den Forderungen der Familienangehörigen nach Aufklärung und Gerechtigkeit anschließt. Dank des unermüdlichen Beharrens und der Ausdauer der Familienangehörigen, ihrer Organisationen und deren Anwälten ist es gelungen, den von den Eliten ersehnten Schlusstrich unter das Thema Menschenrechtsverbrechen zu verhindern. Auf die Unterstützung der Regierungen konnten die Familienangehörigen nicht hoffen. In seinem autobiographischen Werk „Lektionen der Regierungsfähigkeit“ (erschienen 1997) gibt Enrique Bönninger, Präsidentsminister unter Patricio Aylwin, zu, die Strategie der Regierung Aylwin sei gewesen, entgegen des eigenen Wahlprogramms auf den Versuch der Annullierung des Amnestiegesetzes zu verzichten. Zitat: „Dies bedeutete, dass es zu keinen Strafurteilen gegen die Verantwortlichen der Verbrechen kommen würde“

Den Erfahrungen zum Trotz spricht vieles dafür, dass das neu zu wählende Parlament das Amnestiegesetz von 1978 außer Kraft setzt und damit auch ein Zeichen an die Justiz sendet. Die Gesellschaft erwartet von ihr, dass sie sich 40 Jahre später (spät genug!) endlich ihrer Verantwortung stellt.

Dafür gibt es auch ernsthafte Bestrebungen innerhalb des Wahlkampf- und Programnteams von Michelle Bachelet, der aussichtsreichsten Kandidatin für das nächste Präsidentenamt. Auch wenn sie in ihrer vorherigen Amtsperiode diese Forderungen vor allem aussaß. Damals wurden die Forderungen aber, wie gesagt, noch nicht von einer breiteren Öffentlichkeit getragen wurde.

Es reicht aber nicht einige pathologisch-kriminelle Figuren, wie die des Manuel Contreras, in ein 5-Sterne Hotel zu verbannen, um dann zu sagen, in Chile gäbe es eine ernsthafte Aufarbeitung des schlimmsten Kapitels der jüngeren Geschichte. Im Gegenteil gibt es besorgniserregende Meldungen aus Chile, was die fehlende ernsthafte Revidierung, Distanzierung, Verurteilung des Putsches, der Diktatur und der damit verbundenen Menschenrechtsverbrechen betrifft. Zum Beispiel sollen die chilenischen Streitkräfte ihre guatemalteken Kollegen zu Fragen der inneren Sicherheit ausbilden. Solange das Konzept und die Doktrin von der inneren Sicherheit und vom internen Feind Bestand haben, kann und muss man die Zusammenarbeit auf dieser Ebene öffentlich denunzieren. Ähnliches gilt natürlich auch für die Beteiligung hunderter Offiziere und Unteroffiziere an den Kursen der School of the Americas, umbenannt in Western Hemisphere Institute for Security, die seit 1946 mehr als 60.000 lateinamerikanischen Militärs durchlaufen haben. Zum Unterrichtsstoff gehörten nach einem Bericht von 1996 der US-amerikanischen Geheimdienst-Überwachungsbehörde unter Präsident Bill Clinton Exekutionen, Erpressungen, Misshandlungen und Nötigung. Nichtsdestotrotz wird sie weiterhin von den Regierungen Chiles und der meisten Nachbarländer für die Ausbildung ihrer Militärs in Anspruch genommen.

Die Verbrechen als Mittel zum Zweck

Die Verbrechen der Diktatur passierten nicht ohne Grund. Die Gewalt, die Angst und der Schrecken waren nur Mittel zum Zweck, um ein System der strukturellen Gewalt zu etablieren. Der Putsch in Chile, aktiv gestützt von der US-amerikanischen Regierung und begrüßt vom Ökonomen und Nobelpreisträger Milton Friedman und den „Chicago Boys“, bereitete das Feld für eine perfekte Laborsituation, um ihre neoliberale Wirtschaftsdoktrin zu erproben. Nach der gewaltvollen Operation konnten die Medikamente zur Heilung zum Zuge kommen: Das bedeutete Staatsbetriebe, kollektive gesellschaftliche Ressourcen und Systeme der sozialen Daseinsfürsorge zu privatisieren, Löhne und Sozialausgaben massiv zu reduzieren, die Macht der Gewerkschaften und Beschäftigten zu brechen.

Hinter den aktuellen „Erfolgszahlen“ des chilenischen BIP verbirgt sich eine tiefe soziale Kluft. Diese ist in kaum einem anderen Land in Lateinamerika so extrem wie in Chile. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die bis weit in die Mittelschicht hinein in permanentem Stress

lebt, weil sie in wenig abgesicherten Arbeitsverhältnissen ständig viel Geld heranschaffen muss, um sich private Leistungen zu erkaufen. Gleichzeitig sind viele davon überzeugt, Teil eines „modernen“ und „modellhaften“ Landes und Lebens zu sein.

Nach einer Studie der Universidad de Chile gibt es in keinem anderen Land, für das Statistiken zur Verfügung stehen, eine höhere Konzentration des Reichtums des 1% gegenüber den restlichen 99% der Bevölkerung. Dieses ungeheuerliche Niveau der Ungleichheit und der Konzentration von Reichtum führt nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu einem echten physischen Auseinanderdriften der Gesellschaft. Nach Angaben der OECD, der Chile seit 2010 als einziges südamerikanisches Land angehört, ist Santiago die Stadt mit der höchsten sozialen Segregation in Vergleich zu 30 weiteren Städten, in denen diese Studie durchgeführt wurde. Die arme Bevölkerung ist so an den Rand der Stadt abgedrängt worden wie nie zuvor. Die Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Zukunftsmöglichkeiten der jüngeren Generationen sind spätestens seit den Studentenprotesten 2011 auch außerhalb Chiles bekannt.